

## **5. Schluss mit Lohnexzessen bei der AXPO!**

Dringliches Postulat Nicola Siegrist (SP, Zürich), Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen), Daniel Sommer (EVP, Affoltern a. A.), Ruth Ackermann (Die Mitte, Zürich), David John Galeuchet (Grüne, Bülach), Manuel Sahli (AL, Winterthur) vom 27. Januar 2025

KR-Nr. 30/2025, Entgegennahme, materielle Behandlung

*Ratspräsident Jürg Sulser:* Der Regierungsrat ist bereit, das dringliche Postulat entgegenzunehmen. Gemäss Paragraph 55 des Kantonsratsgesetzes haben wir heute über Überweisung oder Ablehnung zu entscheiden. Wird ein Ablehnungsantrag gestellt?

*Sarah Fuchs (FDP, Meilen):* Zu Beginn deklariere ich meine Interessenbindung: Ich arbeite für den Verband der Schweizerischen Elektrizitätsunternehmen.

*Ratspräsident Jürg Sulser:* Frau Fuchs, Sie müssen nur die Nichtüberweisung beantragen. Nachher hat das Wort der Erstunterzeichner und dann bekommen Sie das Wort.

*Sarah Fuchs (FDP, Meilen):* Dann beantrage ich die Nichtüberweisung, Entschuldigung.

*Nicola Siegrist (SP, Zürich):* Die AXPO-Führung (*Schweizer Energiekonzern*) hat die Bodenhaftung verloren. Sie hat eine weitere rote Linie überschritten, und nun müssen wir einschreiten und ihr ihre Grenzen aufzeigen. Denn wir sind es der Bevölkerung im Kanton Zürich schuldig, hier zu intervenieren. Entsprechend bin ich froh, dass sich heute eine klare Mehrheit hinter die Forderung stellt, die Entschädigung für die AXPO-Führung auf maximal 1 Million Franken jährlich zu begrenzen. Danke an die unterstützenden Fraktionen, mit denen wir uns hier finden konnten.

Wie sind wir hier gelandet? Nur gut zwei Jahre ist es her, seit der Bund einen milliardenschweren Schutzschirm aufspannen musste, weil die grossen Stromkonzerne aufgrund der Verwerfungen am Strommarkt plötzlich in Liquiditätsengpässe gerieten. Nicht zuletzt hatte sich die AXPO selbst mit ihrem risikoreichen Handelsgeschäft in eine schwierige Situation gebracht. Die AXPO musste diese Gelder zum Glück nicht in Anspruch nehmen. Dennoch war Teil des Deals, dass die Führung der AXPO keine Boni ausbezahlt bekommt.

Ende 2024 war diese aufgezwungene Bescheidenheit dann leider schon wieder vorbei. Vor dem Jahreswechsel wurde nämlich bekannt, dass die Entschädigung für die Geschäftsleitung der AXPO für das vergangene Geschäftsjahr um gut 80 Prozent gestiegen ist. Die fünf Konzernleitungsmitglieder erhielten im Schnitt 1,7 Millionen Franken. Die Vergütung für den CEO Christoph Brand stieg dank Boni von 1,1 auf 1,8 Millionen Franken. Während die Bevölkerung in diesem Land

zum dritten Mal in Folge Reallohnkürzungen hinnehmen musste, hat sich die AXPO-Führung die Vergütung praktisch verdoppelt. Solche Lohnexzesse, insbesondere, nachdem der Bund einspringen musste, sind schlicht inakzeptabel. Man müsste eigentlich meinen – und das haben wir, habe ich hier im Rat mit einigen Leuten besprochen –, dass die AXPO-Führung etwas mehr Gefühl in den Fingerspitzen haben sollte, aber auch bei anderen Fragen, von der Ablösung des NOK-Gründungsvertrags (*Nordostschweizerische Kraftwerke*) bis zum Zocken an den Strommärkten, wird dieser Konzern nicht so geführt, wie wir das gerne hätten und wie, wage ich zu behaupten, die Mehrheit dieses Rates das gerne hätte. Es ist entsprechend auch wichtig, dass wir die politische Kontrolle über die AXPO via Verwaltungsrat stärken, dazu kommen wir ja später noch (*bei der Behandlung von KR-Nr. 330b/2022*). Jetzt gilt bei diesem Geschäft: Dieser Lohn geht nicht.

Es ist mir hier dennoch wichtig, die Zahlen ein bisschen einzuordnen. Es ist klar, dass andere Branchen und andere Unternehmen noch ganz andere Dimensionen kennen. Vor einem Jahr war ich an der Generalversammlung der UBS (*Schweizer Grossbank*) und kritisierte die 14 bis 20 Millionen Franken, die Sergio Ermotti (*CEO*) erhielt. Für 2024 erhält der Chef der Novartis (*Vas Narasimhan*) 19,2 Millionen Franken. Und wenn wir nicht die Lohneinkommen anschauen, sondern die Kapitaleinkommen, dann bewegen wir uns nochmals in ganz anderen Sphären. Dann konnten Schweizer Grossaktionärinnen und -aktionäre auch vergangenes Jahr erneut x-fach über 100 Millionen Franken einsacken und dürfen diese dazu auch noch privilegiert versteuern. Das sind noch krassere Missstände, die über kurz oder lang gestoppt werden müssen. Ich hoffe, die unterzeichnenden Parteien dieses Postulats sind in Zukunft auch konsequent und stimmen mit uns, wenn wir dort ansetzen.

Doch die AXPO ist halt nicht irgendein Unternehmen, sie ist die grösste Schweizer Energieversorgerin und sie gehört uns allen, sie gehört der öffentlichen Hand. Die Hauptaufgabe der AXPO ist es, die Schweiz mit sauberer, sicherer und zahlbarer Elektrizität zu versorgen. Die AXPO ist eine Institution des Service public. Und wenn die AXPO Risiken eingeht, dann tragen wir alle diese als Steuerzahlende und als Menschen, die im Alltag auf Strom angewiesen sind. Deshalb gelten da selbstverständlich nochmals andere Regeln. Kein Unternehmen des Bundes bezahlt seinem CEO mehr als 1 Million Franken pro Jahr. Weshalb das nun die AXPO tun sollte oder tun dürfte, ja, das ist mir schleierhaft. Und wenn sie es selbst nicht schnallt, die AXPO-Führung, ja, dann braucht es halt die Politik, die diesen Lohnexzessen einen Riegel vorschiebt. Gespannt bin ich dann auf die Voten der FDP- und der GLP-Fraktion. Im Aargau war es die Freisinnige Fraktion, die sich lautstark über die neue Vergütung empört hat. Wieso die Zürcher FDP hier kein Problem hat mit diesen neuen Exzessen, nimmt mich doch sehr wunder. Vielleicht haben wir Glück und Sie stimmen doch noch zu, vielleicht werden wir auch erhellt und kriegen eine substanzielle Begründung, weshalb Sie hier an der Bevölkerung vorbeipolitisieren möchten.

Mit der voraussichtlich deutlichen Überweisung dieses Postulats geben wir der Regierung einen klaren Auftrag: Sorgen Sie in Zusammenarbeit mit den anderen Eignern dafür, dass dieser Vergütungspraxis ein Riegel vorgeschoben wird. Im

Aargau fordert die Politik dasselbe, in anderen Kantonen ebenfalls, und das Gleiche erwarten wir von den EKZ (*Elektrizitätswerke des Kantons Zürich*). Auch der Verwaltungsrat der EKZ soll das klare politische Signal von heute und den Willen des Parlaments ernst nehmen. Dank dem Beschluss der Generalversammlung (GV) der AXPO haben die Eigner die Möglichkeit, über die Vergütung der Geschäftsleitung zu entscheiden. Unsere Erwartung: Sorgen Sie vor der Generalversammlung dafür, dass solche Vorschläge gar nicht erst an die GV geraten, und sonst kürzen Sie halt den Lohn zusammen. Sicherlich maximal 1 Million pro Jahr – keinen Franken mehr, das reicht.

Machen Sie es wie die SP-Fraktion, stimmen Sie dem dringlichen Postulat zu. Herzlichen Dank.

*Sarah Fuchs (FDP, Meilen):* Zweiter Versuch, wir lernen heute alle mehr über die parlamentarischen Prozedere, vielen Dank.

Das dringliche Postulat fordert, die Vergütungen für den CEO und die Geschäftsleitungsmitglieder der AXPO auf maximal 1 Million Franken jährlich zu begrenzen. Obwohl die FDP-Fraktion die jüngsten Lohnerhöhungen bei der AXPO kritisch, sehr kritisch betrachtet, lehnt die FDP-Fraktion diesen Vorstoss aber aus folgenden Gründen ab:

Erstens widerspricht ein staatlicher Lohndeckel unseren liberalen Grundwerten. Die Festlegung von Löhnen sollte primär in der Verantwortung eines Unternehmens liegen, basierend auf Marktmechanismen, auf internen Strukturen und auf den individuellen Leistungsbewertungen. Staatliche Eingriffe untergraben die Vertragsfreiheit des Unternehmens und auch die Autonomie eines solchen. Solche Eingriffe in die Lohnpolitik können die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen beeinträchtigen und führen auch zu unerwünschter Bürokratie.

Zweitens erscheint uns die Grenze von 1 Million Franken komplett willkürlich. Wieso 1 Million und nicht 900'000, nicht 1,1 oder 1,2 oder 1,3 Millionen? Es ist einfach irgendwie aus dem Ärmel geschüttelt. Eine pauschale Obergrenze für alle berücksichtigt weder die unterschiedlichen Anforderungen an die Geschäftsleitungsmitglieder noch die Verantwortlichkeiten der jeweiligen Positionen oder die spezifischen Marktbedingungen. Eine solche undifferenzierte Regelung könnte dazu führen, dass qualifizierte Fachkräfte abwandern oder erst gar nicht mehr gewonnen werden können, was letztlich dem Unternehmen und damit auch dem Kanton schadet. Schliesslich kann sich doch der Kanton Zürich in den meisten Jahren darauf verlassen, dass von der AXPO gut etwas an den staatlichen Haushalt ausgeschüttet wird, und das möchten wir auch weiterhin so beibehalten.

Zusammenfassend teilen wir die Bedenken hinsichtlich der letztes Jahr gar rasant gestiegenen Managementlöhne der AXPO, insbesondere im Kontext der schwierigeren Jahre und des Rettungsschirms des Bundes, der davor aufgespannt werden musste. Dennoch sind wir der Ansicht, dass die Festlegung von Löhnen in der Verantwortung des Unternehmens liegen sollte und staatliche Eingriffe, wie Lohndeckel, weder zielführend noch mit unseren liberalen Werten vereinbar sind.

*Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen):* Wir haben dieses dringliche Postulat mitunterzeichnet, weil für uns klar ist: Staatsnahe Betriebe und masslose Entschädigungen passen nicht zusammen. Wir nehmen unseren Auftrag als Volksvertreter in der Rolle des Aktionärs ernst. Und hier ist vielleicht auch der Unterschied gegenüber der SP: Der Aktionär kann entscheiden, ob er 20 Millionen Gewinn verschmälern will, weil er einen hohen CEO-Lohn zahlt. Man ist nicht gezwungen, eine UBS-Aktie zu halten. Du (*angesprochen ist Nicola Siegrist*) hast diese freiwillig gekauft, damit du dorthin gehen konntest. Aber hier sind wir das Aktionariat, das heisst, wir nehmen unsere Rolle ernst. Und da unterstütze ich, was Nicola gesagt hat: 1,8 Millionen Franken Entschädigung – wofür eigentlich? Die AXPO produziert in Zukunft immer weniger Strom, stattdessen geht sie im Handel hohe Risiken ein. Wir haben bereits vor zwei Jahren gesehen, wohin das führt. Ohne diese Liquiditätszusicherung von 4 Milliarden Franken gäbe es die AXPO in dieser Form heute nicht mehr. Offen bleibt zudem, wie viel Strom die AXPO künftig noch produzieren wird. Wir haben den Heimfall von 60 Wasserkraftwerken. Wir haben Kernkraftwerke, die zwischen 2030 und 2040 abgestellt werden. Und neue Kernkraftwerke? Da ist die AXPO der Meinung, das sei zu kompliziert. Für ein paar Windräder brauchen wir aber keinen CEO mit 1,8 Millionen Franken Gehalt, so kompliziert ist das dann doch nicht. Ich habe untertrieben, es sind nicht ein paar Windräder, gemäss AXPO-Chef sollten es 1200 Windräder sein. Das ist die grosse AXPO-Strategie, damit sie noch Strom produzieren kann, weil die Wasserkraft wegfällt, die Atomkraft wegfällt. Und dann hören wir vom CEO: «Wir mussten die Rettungshilfe nie beanspruchen, wir waren einfach Opfer unvorhersehbarer Umstände.»

Aber genau das ist der Punkt: Ein verantwortungsvoller Manager hat eben das Schiff in Krisenzeiten im Griff, in Krisen trennt sich Spreu vom Weizen. Und auch hier an die FDP: Wir folgen nicht dem Credo «höhere Managerlöhne gleich Erfolg», da gibt es genügend Beispiele, die das widerlegen. Und nebenbei fragen wir uns von der SVP: Wie kann ein CEO mit einem über 100-prozentigen Job noch Verwaltungsratsmandate, wie bei der AMAG (*Schweizer Automobilunternehmen*), ausüben, und das im selben Jahr, in dem man die Liquiditätszusicherung des Bundes in Anspruch genommen hat?

Wir unterstützen dieses Postulat, weil wir endlich Klarheit über die Verantwortung, Vergütung und Strategie der AXPO wollen. Wir stehen für eine sichere und günstige Stromversorgung und nicht für staatlich geförderte Selbstbedienung.

*Stefanie Huber (GLP, Dübendorf):* Dass die AXPO-Führung ein Problem mit der politischen Sensibilität hat, ist unbestritten, diese Sicht teilen wir auch als GLP. Die Reaktionen auf den Entscheid der AXPO bezüglich der Geschäftsleitungsentuschädigung für das Geschäftsjahr 2023/2024 waren überall eindeutig, auch aus jenen Kreisen, welche die Eigentümer vertreten, das heisst, der Regierungsräte – ich glaube, es sind vor allem Regierungsräte, die zuständig sind, hier braucht es keine weibliche Form – und, wo man es gehört hat, auch der Vertretungen der Energieversorgungsunternehmen, die Anteile an der AXPO haben, wie beispielsweise der EKZ. An den Eigentümerversammlungen, den Regierungsräten, den EVU

(*Elektrizitätsversorgungsunternehmen*) ist es, eine Antwort zu finden, das haben sie an der GV im Januar auch gezeigt. Neu müssen die Entschädigungen von Verwaltungsrat und Geschäftsleitung an der GV genehmigt werden. Das ist eine liberale Lösung, die wir unterstützen. Die Eigentümerversammlungen sollen nun ein, zwei Jahre an der GV zeigen, dass es ihnen auch in der Umsetzung ernst ist. Falls dann nichts passiert, dann können wir als Kantonsparlamente eingreifen. Unser Handlungsspielraum ist im Gegensatz zu Unternehmen, die uns zu 100 Prozent gehören, nur indirekt und nur anteilmässig. In diesem Sinne lehnen wir die Dringlichkeit und das Postulat ab.

Zur Dringlichkeit noch ein Hinweis an unsere Fortschrittsallianz: Wir können unsere eigenen Anliegen, wie beispielsweise, den Klimaschutz wirklich voranzubringen, mit diesen vielen Dringlichkeiten, die wir im Moment produzieren, auch gleich selber aushebeln. Die Dringlichkeit sollte dosiert eingesetzt werden, Empörungspolitik gehört für mich nicht dazu. Martin Neukom und seine Leute in der Abteilung Energie sind mit diesem Postulat noch mehr ausgelastet, als sie es eh schon sind. Wir haben ein Zeichen gesetzt, schön, doch viel zu spät. Die Eigentümerversammlungen haben bereits einen viel wirkungsvolleren Nagel eingeschlagen, als wir das heute tun. Wir hätten gerne selbst auf die Debatte verzichtet, aber es ist unsere einzige Möglichkeit, dem Regierungsrat mit auf den Weg zu geben, dass es noch andere Sichtweisen als jene der Unterzeichnenden gibt. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

*David John Galeuchet (Grüne, Bülach):* Auch ich möchte meine Interessenbindungen bekanntgeben: Ich bin im Vorstand von Swissolar (*Schweizer Fachverband für Solarenergie*) und arbeite für den grössten Solarhändler in der Schweiz. Eine Lohnerhöhung um fast 90 Prozent, wer hätte das nicht gerne, aber empfinden Sie das nicht einfach als frech? Mir geht es hier nicht um eine Neiddebatte, mir geht es darum, dass die Verhältnismässigkeit gewahrt werden soll. Ich bin nicht einig mit der SP und mit der SVP, wenn es um den Erfolg der AXPO und ihrer Strategie geht, ich stelle den Erfolg der AXPO nicht infrage. Sie liefert 40 Prozent des in der Schweiz verbrauchten Stroms, erreicht ein Ergebnis von 1,8 Milliarden und schüttet Sonderdividenden von 429 Millionen Schweizer Franken aus – neben der ordentlichen, die auch 241 Millionen Schweizer Franken ausmacht. Das freut unseren Finanzdirektor (*Regierungsrat Ernst Stocker*) sicher. Die AXPO richtet sich nachhaltig aus und investiert in erneuerbare Energien, und dies macht sie erfolgreich. Aber es ist unverhältnismässig, dass sich das Executive-Board den Lohn fast verdoppelt. Die variablen Lohnanteile wurden wohl aufgrund des vom Bund gesprochenen Rettungsschirms zurückgefahren, aber allein der variable Anteil der Entschädigungen ist auch 90 Prozent höher als in der Periode 2021/2022, also vorher. Hingegen bleiben die Löhne der Mitarbeitenden fast unverändert. Die Lohnsumme steigt um 10 Prozent, dies aber auch bei 10 Prozent mehr Mitarbeitenden. Der Verwaltungsrat erhält den Teuerungsausgleich.

Die AXPO gehört zu 100 Prozent der Öffentlichkeit, den Ostschweizer Kantonen und ihren Elektrizitätswerken. Dem Kanton Zürich und der EKZ gehören zusam-

men 36 Prozent der Aktien. Es ist also in unserer Hand, hier regulierend einzugreifen. An der Generalversammlung der AXPO vom 17. Januar 2025 wurde auf Vorschlag des Kantons Aargau eine Statutenänderung vorgenommen, sodass jährlich die Vergütung des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung von der Generalversammlung abgenommen werden soll. Damit wurde ein wichtiger Schritt gemacht.

Mit dem dringlichen Postulat beauftragen wir nun die Vertreter des Kantons Zürich, sich an der Generalversammlung für eine Korrektur der Löhne einzusetzen. Der Kantonsrat hat 2021 einen Lohndeckel für Kaderärzte am Unispital von maximal 1 Million festgelegt. 2022 lehnte der Kantonsrat, also unsere bürgerliche Mehrheit, eine maximale Vergütung bei der ZKB-Geschäftsleitung (*Zürcher Kantonalbank*) leider ab. Die bürgerlichen Parteien haben aber mit Nachdruck geäußert, dass der Bankrat dort korrigierend eingreifen soll. Wie schon erwähnt, hat ausser der Swisscom (*Schweizer Telecom-Unternehmen*) keiner der CEO von staatsnahen Betrieben wie der SBB, Post, Skyguide (*Schweizer Flugsicherungsunternehmen*), RUAG (*Schweizer Rüstungsunternehmen*) oder der SUVA (*Schweizerische Unfallversicherungsanstalt*) einen Lohn, der über 1 Million Franken beträgt. Wir wollen Kader-Mitarbeitende, die intrinsisch motiviert sind, für unsere Betriebe zu arbeiten, und nicht nach dem grössten Lohn schießen. Die staatsnahen Betriebe sollen Firmen der Privatwirtschaft hinsichtlich Lohnexzessen nicht konkurrenzieren.

Die Grüne Fraktion unterstützt das dringliche Postulat.

*Ruth Ackermann (Die Mitte, Zürich):* Es hat aufgeschreckt, als die AXPO vor zwei Jahren einen riesigen finanziellen Schutzschirm vom Bund brauchte, um die Versorgungssicherheit für die Schweizer Bevölkerung zu garantieren und ihre Liquidität zu stützen, und dies, obwohl es dem Unternehmen wirtschaftlich gut ging. Es wurde aufgezeigt, dass Geschäftsabläufe im Strommarkt eigenen Regeln unterliegen und daher dieser Notfall eingetreten ist. Schuld waren die massiven Preisaufschläge im europäischen Strommarkt. Diese Bedingungen sind jedoch nicht neu und es erstaunt, dass die AXPO trotz langjähriger Branchenkenntnisse offensichtlich davon überrascht wurde.

Glücklicherweise musste dieser grosszügige Notkredit schlussendlich nicht abgerufen werden. Inzwischen sind Liquiditätsprobleme bei der AXPO kein Thema mehr, dafür umso mehr die extrem hohen Boni-Zahlungen. Eine Bedingung für diesen Schutzschirm vom Bund war, dass die AXPO ihrer Geschäftsleitung im Folgejahr keine Boni ausbezahlen darf. Die AXPO verzeichnete jedoch 2023/2024 das zweitbeste Geschäftsjahr in der Geschichte des Unternehmens. Darauf hat die Konzernleitung rekordhohe Boni ausbezahlt, und dies nur ein Jahr nachdem der Konzern staatlich gesichert werden musste. Es ist erschreckend, wie abgehoben die Geschäftsleitungen von Grossunternehmen zum Teil sind. Es ist erschreckend, dass es den verantwortlichen Personen der Grossunternehmen anscheinend nur noch um den eigenen materiellen Gewinn und den eigenen Lohn geht, es ist erschreckend. Diese extrem hohen Boni der AXPO zeugen von fehlender Sensibilität gegenüber Politik, Wirtschaft und Bevölkerung.

Die AXPO hat sich nach den schwierigen Marktverhältnissen gut positioniert und leistet einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit. Aber wenn der Verwaltungsrat der AXPO politisch zu wenig sensibel ist, dann ist die Konsequenz, dass die Eigentümerkantone wieder vermehrt eingreifen müssen. Mit diesem Postulat fordern wir den Kanton Zürich auf, als Miteigner der AXPO via Verwaltungsrat und Eigentümerstrategie mehr Einfluss auf die Entschädigung von Geschäftsleitung und CEO zu nehmen. Die Mitte-Fraktion unterstützt dieses Postulat.

*Daniel Sommer (EVP, Affoltern am Albis):* Zur Empörungskultur der heutigen Zeit gibt es verschiedene Ansichten. In der Politik hat sie einen schlechten Ruf, weil sie echten Diskussionen und Kompromissen im Wege steht, polarisiert und an mittelalterliche Pranger erinnert. Doch Empörung kann eben auch als Katalysator für Veränderungen dienen, Missstände ans Licht bringen und Menschen mobilisieren. Die Empörung zeigt oft, wo die Gesellschaft moralische Grenzen zieht. Um genau solche Grenzen geht es heute beim zur Verhandlung stehenden Postulat: Heiliger Zorn über Lohnexzesse bei der AXPO hat politische Gegner zusammengebracht, sozusagen zu einer unheiligen Allianz geführt, um eine politische Veränderung zu bewirken, und das sogar zeitnah, nicht über mehrere Legislaturen hinweg schleppend.

Der CEO der AXPO bestätigte vor wenigen Wochen in einem bemerkenswerten Interview in der NZZ zumindest indirekt, dass die Vergütungen auf der obersten AXPO-Ebene fernab von jeglichem politischen Gespür gefällt worden sind. Denn er gibt dort zu Protokoll, dass die – ich zitiere – «politische Sensibilität wohl unterschätzt worden sei». Ja, lieber späte Einsicht als gar keine Einsicht, erst recht, wenn man bedenkt, dass die AXPO beziehungsweise ihre Vorgängerin, die NOK, eigentlich seit deutlich mehr als 100 Jahren in öffentlicher Hand ist. Aber ich möchte mich jetzt nicht mehr länger über die lohnmassige Verirrung der Geschäftsleitung der AXPO aufhalten. Eigentlich wäre vielmehr Dank angebracht, denn mit dieser Entscheidung sind die letzten Zweifel ausgeräumt worden, dass finanzielle Leitplanken zwingend angebracht werden müssen und dass eine Verlagerung der Kompetenzen, wer Vergütungen festlegen und absegnen kann, unabdingbar ist. Wir erwarten mit diesem Postulat daher nicht mehr und nicht weniger, als dass der Regierungsrat sich mit all seinen zur Verfügung stehenden Mitteln für eine klare Neuregelung der Vergütungspraxis einsetzt.

Die EVP versteht sich – nomen est omen – auch als Stimme des Volkes und wird daher dieses dringliche Postulat dringend unterstützen.

*Manuel Sahli (AL, Winterthur):* Ein gerechter Lohn soll ein würdiges Leben ermöglichen, ein gerechter Lohn soll die gemachte Arbeit entlönnen. Er sollte die Leistung berücksichtigen sowie auch Raum für Lohnerhöhungen haben und die Teuerung ohne Diskussion ausgleichen. Mit all diesen Punkten kann es bereits zu einer grossen Lohnspanne kommen, bei der ein Vielfaches zwischen den niedrigsten und den höchsten Löhnen liegt. Aber niemand, rein niemand kann mit seiner Leistung einen Lohn rechtfertigen, wie es die Geschäftsleitungsmitglieder der

AXPO tun. Niemand kann uns erklären, dass der Lohn von CEO Christoph Brand einfach aufgrund seiner Leistung von 1,1 auf 1,8 Millionen Franken steigen soll. Dass die Lohnsummen in diesen Chefetagen abgekoppelt sind von jeglicher Leistung, wissen wir auch nicht erst seit der CS-Pleite (*Untergang der Schweizer Grossbank Credit Suisse*). Das ist schlichtweg pure Gier und Selbstbereicherung, dem gilt es Einhalt zu gebieten, es ist schlichtweg eine Frechheit.

Und ja, was dieses dringliche Postulat hier zum Inhalt hat, wird dieses System auch nicht ändern, denn es ist hierzu zu langsam, verweist es doch lediglich auf die Gehälter anderer Geschäftsleitungen von Unternehmen in öffentlicher Hand. Es verlangt lediglich, dass die Geschäftsleitungsmitglieder, wie zum Beispiel bei der SBB und bei der Post, nicht mehr als 1 Million Franken verdienen, was immer noch mehr als genug ist.

Dass hier die FDP die Diskussion über dieses Postulat verlangt, dürfte mitunter auch Klientelbewirtschaftung sei. Denn solche Lohnsummen, meine Damen und Herren, können Sie keinem normal verdienenden Bürger und Steuerzahlzähler mehr erklären, der genau so hart krampft und schauen muss, wie er über die Runden kommt. Dann den möglichen Abgang von wertvollen Fachkräften vorzuschieben, ist auch nicht mehr als eine Schutzbehauptung, funktionieren doch alle anderen Unternehmen in staatlicher Hand problemlos. Nein, ich kann anhand des Beispiels der ZKB schon eher sagen: Sie funktionieren sogar besser.

Für uns von der AL ist klar, dass Gehälter in dieser Grössenordnung nichts mehr mit Leistung oder wirtschaftlicher Freiheit zu tun haben. Wir werden dieses Postulat mit Überzeugung überweisen. Hier ist der Regierungsrat in der Pflicht und muss einschreiten und diesen Lohnexzessen Einhalt gebieten. Nehmen Sie Ihre eigene Rolle wahr. Wir brauchen keine Abzockerlöhne bei Unternehmen in öffentlicher Hand.

*Regierungsrat Martin Neukom:* Vorneweg: Die AXPO macht einen guten Job. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der AXPO machen einen guten Job, und ich bin der Ansicht, dass auch die Geschäftsleitung der AXPO einen guten Job macht. Sie sehen das den Zahlen an, die Zahlen sind hervorragend, die Abschlusszahlen des letzten Jahres. Und solche hervorragenden Zahlen sind nicht einfach nur Glückssache, nicht nur einfach optimale Marktbedingungen, auch solche Zahlen müssen zuerst generiert werden. Und hier danke ich der AXPO und allen Mitarbeitenden der AXPO für ihren Einsatz. Die AXPO verdient ihr Geld nicht durch Spekulationen, wie das vorhin fälschlicherweise gesagt wurde. Eine der wichtigsten Einnahmequellen der AXPO, wenn man sich das anschaut, sind die internationalen Energiedienstleistungen, das sogenannte Origination.

Die Lohnerhöhungen, wie sie jetzt hier in diesem Postulat dargestellt und bemängelt werden, diese Lohnerhöhungen halte ich persönlich für unangemessen. Ich habe das auch bereits öffentlich so gesagt, insbesondere solche Lohnerhöhungen so kurz nach dem Rettungsschirm des Bundes. Ich habe das auch den Beteiligten persönlich so mitgeteilt. Wie gesagt, das Postulat ist schon eher ein bisschen spät, denn die Generalversammlung ist dem Postulat und dem Kantonsrat schon zuvor-

gekommen und hat beschlossen, dass sie zukünftig über die Vergütung von Verwaltungsrat und Geschäftsleitungsmitglieder selber entscheiden wird. Das heisst, es startet jetzt ein Prozess für ein Lohnreglement, welches dann am Schluss die Generalversammlung der AXPO abnehmen wird.

Nur nochmals zur Erinnerung: Ich bin nur verantwortlich für 18 Prozent der Aktien. Das heisst, für alles, was wir wollen, brauchen wir noch mindestens 33 Prozent andere, damit es an einer Generalversammlung eine Mehrheit gibt. Wir können hier also nicht allein bestimmen, sondern wir brauchen die anderen Aktionäre dazu.

In diesem Sinne bin ich gerne bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

#### *Abstimmung*

**Der Kantonsrat beschliesst mit 122 : 51 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das dringliche Postulat KR-Nr. 30/2025 zu überweisen.**

Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts innert einem Jahr.

Das Geschäft ist erledigt.